

**Ausgangslage:**

Die Regionalisierung der Bildungssteuerung und die Entwicklung regionaler bzw. kommunaler Bildungslandschaften sind im Wesentlichen auf drei Beweggründe zurückzuführen. Erstens hat in diversen Politikfeldern wie der Sozial-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Struktur-, Gesundheits- und nicht zuletzt dem der Bildungspolitik eine zentralstaatliche Steuerungspolitik wegen unzureichender Erfolge bei der Bearbeitung des Strukturwandels spätestens seit den 1980er-Jahren deutlich an Überzeugungskraft verloren („Kritik an der zentralstaatlichen Steuerungslogik und Dezentralisierung der Politikgestaltung“). Zweitens gilt eine kollektive, kooperative und endogen in den regionalen Kontexten zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen abgestimmte Politikgestaltung als effektiver und effizienter, weil so die unmittelbare Berücksichtigung tatsächlich vorhandener Erledigungsressourcen sowie die Entwicklung kollektiver Innovationsleistungen „vor Ort“ steigen („Regionale Modernisierungspolitik und Enthierarchisierung der Politikgestaltung“). Drittens ist es erklärte Strategie der EU, lokale und regionale Entscheidungsstrukturen sowie Prozessgestaltungen zu stärken, um die Teilhabegerechtigkeit zu erhöhen und Zugangsbarrieren zu notwendigen infrastrukturellen Dienstleistungsangeboten abzubauen („Endogene Regionalentwicklung als Erfolgsfaktor für Teilhabegerechtigkeit und soziale Integration“).

**Regionale Bildungslandschaften –  
Netzwerkbildung und die Entwicklung „Lernender Regionen“**

In diesem Zusammenhang stehen speziell die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften, damit korrespondierende spezifische Steuerungsmodalitäten und die dezentrale Angebotserstellung sowie Nachfrageerfüllung im Fokus: Der Zugang zur Bildung und die umfassende regionale Bildungsversorgung gelten als Schlüsselbegriffe für die individuelle soziale und ökonomische Integration genau so, wie sie als kritischer Erfolgsfaktor für die Wettbewerbsentwicklung regionaler Wirtschaftsstandorte und ihre infrastrukturelle Modernisierung gesehen werden. Dies gilt besonders für die erfolgreiche Umsetzung der Strategie des Lebenslangen Lernens durch Netzwerkbildung und die synergetische Gestaltung und Etablierung der so genannten „Lernenden Regionen“:

„Ein Schlüssel für strukturelle Fortschritte im Lebenslangen Lernen sind Netzwerke, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Nachfragenden und den Lebensumständen der Lernenden orientieren. Dies kann nur gelingen, wenn vor Ort alle Akteure über die Bildungsbereiche hinweg zusammenarbeiten. Das BMBF hat aus diesem Grund 2001 in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und kofinanziert durch den Europäischen Sozialfond das Programm Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken gestartet“ (E. Buhlmann in BMBF 2004, S. 5), – was bedeutet, dass Lernende Regionen auf die Nutzung der Potenziale sämtlicher Bildungsakteure „vor Ort“ setzen, um selbstverantwortlich und selbst gesteuert diejenigen Angebotsleistungen kooperativ und koordiniert zu erstellen, die Individuen und Unternehmen in den jeweiligen Regionen für die bildungsabhängige Modernisierung und Leistungserstellung benötigen. Dasjenige, was benötigt wird, sollte dabei im Idealfall an regionalen, Indikatoren gestützten Bildungsberichten („regionales Bildungsmonitoring“) ausgerichtet sein.

**Rolle und Funktion „regionaler Berufsbildungszentren“  
für die regionalisierte (Berufs-) Bildungspolitik:**

Regionale Berufsbildungszentren (RBZ), oft auch „Regionale Kompetenzzentren“ genannt, spielen für die Umsetzungsstrategie regionaler Bildungslandschaften auf der Anspruchsebene eine dreifache Rolle: Erstens sollten Berufliche Schulen und Berufsbildende Schulen (BBS) als Bestandteil des dualen Ausbildungssystems mit den Ausbildungsbetrieben und den Ausbildungszentren der Wirtschaft stärker als bisher regionale Strukturen der Nachfrage (also mit Blick auf Berufsfelder, Branchen, Wirtschaftsschwerpunkte etc.) aber auch individuelle oder milieuspezifische Bedürfnisse (spezifische individuelle Förderbedarfe, Bedarfe spezifischer sozialer Anspruchsgruppen etc.) berücksichtigen und jeweils bedarfsangemessene fachliche, didaktische und unterrichtliche Leistungsprofile entwickeln. Zweitens sollten RBZ sich als methodisch-didaktische Modernisierungsakteure begreifen und, soweit möglich, bereits antizipativ zukunftsfähige Entwicklungsaufgaben aufgreifen und angebotsbezogen umsetzen (Spezialisierungen, Erweiterungen, Zusatzqualifikationen für besonders leistungsfähige Jugendliche). Drittens, und da liegt der Schwerpunkt des Funktions- und Rollenwandels der BBS zu RBZ, sollen sich BBS als RBZ so profilieren, dass sie einen entscheidenden Beitrag im Rahmen der System- und Strukturentwicklung für das Lebenslange Lernen (LLL) zu leisten vermögen. Dies bedeutet, dass RBZ ihre Angebote für die allgemeine Bildung erweitern, ihre Beteiligung in der beruflichen Weiterbildung ausbauen und konsolidieren, sowie ihre Mitwirkung an der regionalen Bildungsplanung nicht nur im Sekundarbereich, sondern auch im quartären Sektor konsequent weiter entwickeln sollten. Damit verbunden sind Forderungen nach einer vermehrten Abstimmung, Koordination und Kooperation mit Kammern, freien Anbietern des Weiterbildungsmarktes, die synergetische Nutzung von Ausstattungs- und Personalressourcen sowie die Planungsbeteiligung. RBZ sollten Kern einer regionalen Bildungs- und Berufsbildungsentwicklung werden und zwar mit Blick auf Strategieentwicklung und Umsetzung zugleich. Durch die – im Gegensatz zum professionell, organisatorisch sowie institutionell deregulierten quartären Bereich – gut abgesicherte Gesamtstruktur der BBS haben diese qualitative Standards zu erfüllen. Dieses seinem Ursprung nach nicht schulnahe Aufgabenspektrum zu integrieren, gilt als Optimierungsfaktor für die Regionale Berufsbildungspolitik.

**Steuerungs- und Umsetzungserfolge bzw. Risiken**

Erst in jüngster Zeit verfügen BBS als RBZ in einigen Ländern über die an den Funktionswandel gekoppelten Gestaltungsspielräume. In Hessen, im Rahmen der Modellvorhaben „Hessen-Campus“ bzw. „SVplus“ etwa, und in Schleswig Holstein per Gesetz verfügen BBS partiell über entsprechende Personalplanungs- und Einsatzmöglichkeiten, über entsprechende Rechtsstellungen als „Marktakteure“ (Geschäftsfähigkeit der BBS), über Planungsautonomie und über Budgetierungsfreiräume. Der überwiegende Teil der BBS in Deutschland ist indessen mit solchen Gestaltungsfreiräumen bislang noch nicht ausgestattet, so dass weder im operativen Geschäft noch auf der Planungsebene RBZ ihre zugeschriebenen Rollen voll wahrnehmen können. So ist in der Sache auch logisch, dass BBS im Förderprogramm „Lernende Regionen - Förderung von Netzwerken“ oder etwa im Strategievorhaben der Gemeinschaftsinitiative „Equal“ der EU in der Vergangenheit nur untergeordnet als Akteur auftraten. Wo sie allerdings über die Freiräume verfügten, konnten sie in Teilen beachtliche Leistungen auf dem Weg zu regionalisierten Bildungs-

landschaften nachweisen. Problematisch wird allerdings von Seiten der Bildungsakteure des freien Weiterbildungsmarktes auch das Folgende gesehen: BBS als RBZ haben, wenn sie ihr Engagement im Markt ausdehnen, Kosten und Strukturvorteile; diese dürfen nicht zu einem Verdrängungswettbewerb führen sondern nur – etwa durch an Vollkostenerlösen orientierten Leistungsgebühren – zu einem qualitativen Mehrwert für die Bildungslandschaften. Und: Problematisch ist auch die Vorstellung, BBS als RBZ könnten als freie Akteure im Rahmen netzwerkähnlicher Strukturen ohne weiteres agieren: Dafür dürfte die Binnensteuerung der BBS, Ihre Organisationskultur, der Modus ihrer Entscheidungs- und Strategiekultur sie nicht spontan, sondern erst in einem länger dauernden Selbstentwicklungsprozess befähigen, der in den Rahmen einer spezifischen Schulsteuerung eingebunden sein müsste.

#### **Literatur:**

- Avenarius, Hermann (2002): Berufliche Schule als Kompetenzzentren regionaler Bildungsnetzwerke. Rechtliche Rahmenbedingungen. In: Die berufsbildende Schule 54 (2002)3, S. 86-90.
- Bank, Volker (2006): Regionale Berufsbildungszentren: In: Kaiser, Franz-Josef/Pätzold, Günter (Hg.): Wörterbuch Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhard, 2. Aufl., S. 425-427.
- BMBF (Hg)(2004): Lernende Regionen - Förderung von Netzwerken. Programmdarstellung. Bonn/Berlin.
- Dobischat, Rolf/Düsseldorff, Karl/Roß, Ruth (2004): Konzeptionelle Ansätze regionaler Kompetenzzentren. Potenziale berufsbildender Schulen für die Entwicklung und Gestaltung von Lernortkooperationen. In: Busian/Drees/Lang (Hg.): Mensch – Bildung – Beruf. Dortmunder Beiträge zur Pädagogik Bd. 35. Bochum/Freiburg: projekt verlag, S. 97-108.
- Nuissl, Ekkehard/Dobischat, Rolf/Hagen, Kornelia/Tippelt, Rudolf (Hg.) (2006): Regionale Bildungsnetze. Bielefeld: Bertelsmann.

**Prof. Dr. Karl Düsseldorff/TU Berlin**